



Deutsche  
Steuerberater  
Versicherung

Pensionskasse des steuer-  
beratenden Berufs VVaG

# Geschäftsbericht 2012

Jahresabschluss und Lagebericht



# Inhalt

<b>1</b>	<b>Lagebericht</b>	<b>4</b>
1.1	Allgemeines	4
1.2	Geschäftsverlauf	5
1.2.1	Bestandsentwicklung	5
1.2.2	Kapitalanlagen	6
1.2.3	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	7
1.2.4	Überschuss	7
1.2.5	Solvabilität	7
1.3	Überschussverwendung	8
1.4	Geschäftsorganisation und Risikomanagement	8
1.5	Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	9
1.6	Ausblick	11
<b>2</b>	<b>Jahresabschluss</b>	<b>12</b>
2.1	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012	12
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	14
<b>3</b>	<b>Anhang</b>	<b>15</b>
3.1	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2012	16
3.2	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	25
3.3	Weitere Angaben	28
<b>4</b>	<b>Anlage zum Lagebericht</b>	<b>30</b>
<b>5</b>	<b>Anlage zum Anhang</b>	<b>33</b>
<b>6</b>	<b>Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers</b>	<b>36</b>
<b>7</b>	<b>Bericht des Aufsichtsrates</b>	<b>37</b>
<b>8</b>	<b>Organe, Treuhänder und Verantwortlicher Aktuar</b>	<b>39</b>
<b>9</b>	<b>Beirat</b>	<b>40</b>

## 1 LAGEBERICHT

### 1.1 Allgemeines

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist die Pensionskasse des steuerberatenden Berufs. Als ordentliche Mitglieder können nach unserer Satzung aufgenommen werden:

- Angehörige der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (Berufsangehörige), die für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Personen, Vereinigungen und Gesellschaften nach § 3 Nr. 1 bis 3 und § 58 des Steuerberatungsgesetzes sowie sonstige berufsständische Organisationen von Angehörigen der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (berufsständische Arbeitgeber), wenn sie als Arbeitgeber Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Personen abschließen.

Als außerordentliche Mitglieder können nach § 2 Absatz 3 der Satzung aufgenommen werden:

- Personen, die nicht zum Kreis der Berufsangehörigen gehören, wenn sie bei einem berufsständischen Arbeitgeber in dem obigen Sinne beschäftigt sind und für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Arbeitgeber, die nicht zum Kreis der berufsständischen Arbeitgeber gehören,
  - wenn sie Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Berufsangehörige abschließen oder
  - wenn sie eine bestehende Versicherung fortsetzen.

Unsere Versorgungseinrichtung konzentriert sich auf die Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung in Form von Renten- und Kapitalleistungen. Die aktuellen Rententarife bieten eine Altersversorgung, wahlweise mit oder ohne Hinterbliebenenrenten. Zusätzlich kann eine Berufsunfähigkeitsversorgung eingeschlossen werden.

Die Versicherungen können zur privaten Vorsorge, deren Zweck die Absicherung wegfallenden Erwerbseinkommens ist, oder zur betrieblichen Altersversorgung abgeschlossen werden. In der privaten Vorsorge bieten wir insbesondere die steuerlich geförderte „Basisrente“ an („Rürup-Rente“). Dabei kann eine flexible Beitragszahlung vereinbart werden. Die Vertragsbedingungen unserer „Basisrente“ haben die nach § 10 Abs. 2 EStG erforderliche Zertifizierung erhalten.

Zur privaten Risikovorsorge bieten wir eine eigenständige Berufsunfähigkeits-Versicherung an.

In der betrieblichen Altersversorgung stellen wir als Pensionskasse einen attraktiven Durchführungsweg zur Verfügung.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist eine Pensionskasse im Sinne der §§ 118a und 118b Abs. 1, 2 und 6 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Als Pensionskasse von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung im Sinne des § 156a Abs. 3 VAG a. F. ist sie seit dem Jahr 1998 eine deregulierte Pensionskasse (§ 118b Abs. 6 VAG). Ihre Rechtsform ist der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) gemäß § 15 VAG. Aufgrund der satzungsmäßigen Begrenzung des versicherbaren Personenkreises können wir die besonderen Bestimmungen des § 53 VAG nutzen. Der Sitz der Pensionskasse ist Bonn.

Für das Neugeschäft gelten seit dem Jahr 2012 Tarife mit einem Rechnungszins von 1,75 %. Damit beachten wir den gesetzlich vorgeschriebenen Höchstrechnungszins. Unsere neueren Rententarife sind mit den Sterbetafeln DAV 2004 R kalkuliert. Für Neuverträge ab dem Jahr 2013 gelten Tarife mit gleichen Beiträgen für Frauen und Männer.

Zur Stärkung der Beziehungen zum Berufsstand hatte die Vertreterversammlung am 19. Juni 2010 beschlossen, einen Beirat einzurichten. Der Beirat wird gebildet aus Personen, die von der Bundessteuerberaterkammer, dem Deutschen Steuerberaterverband und unserer Mitgliedervertretung entsandt werden.

Wir sind Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., im Verein Versicherungsombudsmann e.V., in der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V. und in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V.

Versicherungsfremde Geschäfte haben wir nicht getätigt.

## 1.2 Geschäftsverlauf

### 1.2.1 Bestandsentwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2012 moderat gewachsen. Damit steht Deutschland im Vergleich zur Entwicklung im Euroraum noch gut da. Allerdings hat die Eurokrise auch in Deutschland zu einer Verlangsamung der Wachstumsdynamik geführt.

Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte blieb im Jahr 2012 insgesamt gut. In der Lebensversicherungsbranche erhöhten sich die gesamten Beitragseinnahmen nach einem Rückgang im Vorjahr.

Bei der Deutschen Steuerberater-Versicherung lag der Neuzugang unter dem gestiegenen Umfang des Vorjahres. Der Neuzugang erreichte im Jahr 2012 etwa das Niveau des mehrjährigen Durchschnitts.

Der Neuzugang an Versicherungen beruhte wiederum überwiegend auf der betrieblichen Altersversorgung und auf der steuerlich geförderten „Basisrente“.

Im Versicherungsbestand zum 31. Dezember 2012 belief sich die gesamte Versicherungssumme auf 903.307.159,28 €. Das bedeutete einen geringen Rückgang um 0,02 % (im Vorjahr Steigerung um 0,4 %).

Die gebuchten Bruttobeiträge verminderten sich auf 32.275.668,12 €, d.h. um 2,4 % (im Vorjahr um 0,6 %).

Die Zahlungen für Versicherungsleistungen haben 36.860.955,23 € betragen (im Vorjahr 30.809.309,32 €). Die Veränderung beruhte vor allem auf dem weiteren Zugang an Altersrenten und auf gestiegenen Kapitalabfindungen.

Die erforderliche Liquidität für die Leistungszahlungen war jederzeit gegeben.

Für die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen bilden wir versicherungstechnische Rückstellungen. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Leistungen – einschließlich der zur Leistungserhöhung bereits verwendeten Überschussanteile – durch die Deckungsrückstellung erfasst. Die Deckungsrückstellung ist in Höhe ihres versicherungsmathematisch errechneten Wertes nach der prospektiven Methode bestimmt. Die Versicherungsleistungen werden damit nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren kapitalgedeckt finanziert.

Der Bruttobetrag der Deckungsrückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr um 29.735.664,00 € (im Vorjahr 33.153.219,00 €). Aufgrund der steigenden Lebenserwartung besteht die Notwendigkeit, die Deckungsrückstellung zu verstärken. Außerdem wurde die Deckungsrückstellung durch eine Zinszusatzrückstellung gestärkt. Von der Zuführung zur Deckungsrückstellung entfallen 12.120.321,00 € auf diese Verstärkungen (im Vorjahr 8.141.423,00 €). Die Deckungsrückstellung beträgt brutto insgesamt 853.350.730,00 €.

Die Bewegung des Bestandes an Versicherungen ist aus der Anlage zum Lagebericht ersichtlich.

### 1.2.2 Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 32.972.335,29 € oder 3,9 % auf 873.039.447,23 € gestiegen. Ihre Zusammensetzung und Entwicklung ist im Anhang dargestellt.

Aus den Kapitalanlagen ergaben sich im Geschäftsjahr Erträge von 44.019.065,79 € gegenüber 42.006.190,38 € im Vorjahr. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 2.289.289,32 € (im Vorjahr 7.890.273,24 €).

Die Nettoverzinsung erhöhte sich auf 4,87 % (im Vorjahr 4,14 %).

Zu der höheren Nettoverzinsung haben Abgangsgewinne in Höhe von 6.550.109,37 € beigetragen, die wir überwiegend durch Verkäufe von festverzinslichen Wertpapieren realisieren konnten. Die Abgangsverluste beliefen sich auf insgesamt 523.852,30 €. Außerdem wurden außerplanmäßige Abschreibungen von 43.430,75 € vorgenommen.

Bei den vorhandenen Staatsanleihen von Griechenland wurde im März 2012 ein Zwangsumtausch durchgeführt, durch den für das Jahr 2012 noch ein saldierter Abgangsverlust in Höhe von 311.910,70 € entstanden ist. Im Vorjahr waren diese Staatsanleihen bereits auf die Marktkurse zum 31. Dezember 2011 abgeschrieben worden. Die durch den Umtausch erhaltenen neuen griechischen Staatsanleihen wurden im Dezember 2012 aufgrund des Rücknahmeangebots zurückgegeben. Hieraus ergaben sich Abgangsgewinne in Höhe von 279.456,40 €.

Ohne Berücksichtigung der Einflüsse aus den Abgangsgewinnen, den Abgangsverlusten und den außerplanmäßigen Abschreibungen errechnet sich für das Jahr 2012 eine laufende Durchschnittsverzinsung von 4,17 % (im Vorjahr 4,28 %).

Der Zeitwert der Kapitalanlagen beträgt insgesamt 952.404.234,10 €. Die Zusammensetzung ist im Anhang angegeben.

Für die gesamten Kapitalanlagen, einschließlich der zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen, ergibt sich ein Saldo von 79.364.786,87 € an stillen Reserven nach Saldierung mit den stillen Lasten (im Vorjahr 12.918.101,86 €); dies entspricht 9,09 % des Bilanzwertes der Kapitalanlagen (im Vorjahr 1,54 %).

Aus der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips nach § 341b Abs. 2 HGB bestehen stille Lasten in Höhe von 4.903.154,85 €. Dem stehen stille Reserven von 20.027.405,28 € bei den so bewerteten Wertpapieren gegenüber (Aktiva B II 1 und 2). Die stillen Lasten betreffen überwiegend Staatsanleihen, wobei nur Staatsanleihen von Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehalten werden. Aufgrund der Stabilisierungsmaßnahmen in der Europäischen Union gehen wir davon aus, dass diese Wertminderungen nicht von Dauer sind und diese Anleihen bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden. Eine tabellarische Übersicht zu dem Bestand an Staatsanleihen ist im Anhang zum Jahresabschluss in den Erläuterungen zu der Bilanzposition Aktiva B II 2 dargestellt.

Aufgrund der Qualität der Kapitalanlagen waren keine Abschreibungen zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken erforderlich. Auch die stillen Lasten der übrigen festverzinslichen Kapitalanlagen können als nicht dauerhaft angesehen werden, weil diese Kapitalanlagen mit hoher Sicherheit bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden.

Bei Kapitalanlagen, die nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet werden, nehmen wir grundsätzlich außerplanmäßige Abschreibungen auf den Nennwert bzw. einen höheren Zeitwert vor, wenn der Anschaffungswert bzw. der Bilanzwert des Vorjahres höher waren. Bei zwei Wertpapieren, die wir nach Schluss des Geschäftsjahres veräußert haben, wurde dabei anstelle des Nennwertes der niedrigere Verkaufserlös zugrunde gelegt.

Mit der gesamten Nettoverzinsung und einer laufenden Durchschnittsverzinsung von über 4 % konnten wir für alle Tarife den jeweils maßgeblichen Rechnungszins übertreffen und damit wieder ein solides Ergebnis erzielen.

Die Kapitalanlagen stellen das Sicherungsvermögen dar, das nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Bedeckung des Sollwertes aus den Verpflichtungen der Versicherungsverträge qualifiziert sein muss. Die erforderliche Bedeckung des Sollwertes durch das Sicherungsvermögen ist sowohl nach den Bilanzwerten als auch nach den Zeitwerten gegeben.

### 1.2.3 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 1.414.937,78 € (im Vorjahr 1.574.900,41 €). Sie liegen damit wieder unter den geschäftsplanmäßigen Sätzen und betragen 4,38 % (im Vorjahr 4,76 %) der gebuchten Beiträge. Die darin enthaltenen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 792.516,26 € entsprechen 2,45 % der gebuchten Bruttobeiträge (im Vorjahr 2,41 %). Der Rückgang der Brutto-Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus niedrigeren Abschlussaufwendungen für die Werbung.

### 1.2.4 Überschuss

Der Überschuss des Geschäftsjahres ergab sich im Wesentlichen aus dem Zinsergebnis sowie aus dem Risikoergebnis und aus dem Kostenergebnis.

Weiterhin war es notwendig, die Deckungsrückstellung für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung zu verstärken. In den bis zum 31. Dezember 2004 angebotenen neueren Tarifen war eine Anpassung an die aktuelleren Rechnungsgrundlagen erforderlich, wodurch der Trend der steigenden Lebenserwartung stärker berücksichtigt wird. Von diesen Maßnahmen war das Ergebnis für die nach diesen Tarifen versicherten Personen betroffen, so dass der Überschuss entsprechend niedriger war. Hierbei ist das unterschiedliche Niveau der Tarifbeiträge zu berücksichtigen.

Für den „Tarif 2000“ mit einem Rechnungszins von 4,0 % wurde die Deckungsrückstellung um eine Zinszusatzrückstellung erhöht, was sich ebenfalls auf den Überschuss mindernd auswirkte.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr ein Überschuss von 5.379.282,11 € (im Vorjahr 1.035.787,09 €) erzielt. Hiervon wurden 450.000,00 € der Verlustrücklage und 4.929.282,11 € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesen.

### 1.2.5 Solvabilität

Versicherungsunternehmen sind gemäß § 53c VAG verpflichtet, zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verträge stets über freie unbelastete Eigenmittel mindestens in Höhe der geforderten Solvabilitätsspanne zu verfügen, die sich nach dem gesamten Geschäftsumfang bemisst. Weitere Vorschriften hierzu regelt die Kapitalausstattungs-Verordnung.

Als Eigenmittel können wir insbesondere die Verlustrücklage und die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, soweit sie nicht auf festgelegte Überschussanteile entfällt, und das eingezahlte Nachrangkapital heranziehen. Immaterielle Vermögenswerte sind davon abzusetzen (Aktiva A). Stille Nettoreserven berücksichtigen wir bei den Eigenmitteln nicht.

Für das Nachrangkapital hatte die Deutsche Steuerberater-Versicherung nach Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde im Jahr 2006 nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 7.000.000,00 € begeben. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Die Schuldverschreibungen werden mit jährlich 6,5 % verzinst.

Die gesamten Eigenmittel für die Solvabilität belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 35.916.709,00 €.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung erfüllt die Solvabilitätsvorschriften.

### 1.3 Überschussverwendung

Im Geschäftsjahr wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zur Durchführung von bisherigen Beschlüssen für die Überschussverwendung 2.324.363,87 € entnommen. Davon entfallen 752.856,00 € auf Erhöhungen der versicherten Leistungen, die als Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbucht worden sind. Im Übrigen handelt es sich um gezahlte Schlussüberschussanteile von 1.154.583,38 €, um gezahlte Bewertungsüberschussanteile von 276.104,21 €, um gezahlte Leistungszuschläge von 96.360,40 € sowie um Überschussanteile von 44.459,88 €, die mit Beiträgen verrechnet wurden.

Unter Berücksichtigung der Entnahmen und der Zuführung des Geschäftsjahres beläuft sich die Rückstellung für Beitragsrückerstattung zum 31. Dezember 2012 auf 21.365.094,10 € (im Vorjahr 18.760.175,86 €).

Gemäß § 16 Abs. 2 der Satzung legen wir den Vorschlag zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung vor. Der Aufsichtsrat leitet den Vorschlag mit seiner Stellungnahme der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung zu.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang des Jahresabschlusses aufgeführt.

### 1.4 Geschäftsorganisation und Risikomanagement

Versicherungsunternehmen müssen gemäß § 64a VAG über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügen, die neben einer dem Geschäftsbetrieb angemessenen ordnungsgemäßen Verwaltung und Buchhaltung insbesondere ein angemessenes Risikomanagement voraussetzt. Das Risikomanagement erfordert die Entwicklung einer auf die Steuerung des Unternehmens abgestimmten Risikostrategie, aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen, die Einrichtung eines geeigneten internen Steuerungs- und Kontrollsystems sowie eine interne Revision. Diese aufsichtsgesetzlichen Regelungen sind zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Die Aufsichtsbehörde hat mit dem Rundschreiben 3/2009 „Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA)“ diese Regelungen konkretisiert.

Wir haben uns seitdem eingehend mit den gesetzlichen Anforderungen befasst und unsere Risikostrategie weiterentwickelt. Die Aufbauorganisation wurde angepasst und die Funktion einer internen Revision eingeführt. Die vorhandenen Steuerungs- und Kontrollsysteme sind in das Risikomanagement einbezogen worden. Dies gilt auch für die versicherungsmathematischen Analysen zum Risikoverlauf und zu den Rechnungsgrundlagen.

Es sind weitere Maßnahmen zum Risikocontrolling für den Bereich der Kapitalanlagen umgesetzt worden, indem zur laufenden Unterstützung des Risikomanagements ein Dienstleistungsvertrag mit einer qualifizierten Kapitalanlagegesellschaft geschlossen wurde. Es sind regelmäßig Studien zum



Asset-Liability-Management (ALM-Studie) erstellt worden, die wir zur Steuerung der Kapitalanlagepolitik nutzen.

Die Geschäftsorganisation ist in einem umfassenden Organisationshandbuch dokumentiert worden, das weiter ausgebaut und gepflegt wird.

Unser internes Steuerungs- und Kontrollsystem haben wir hinsichtlich der MaRisk VA auch im Geschäftsjahr 2012 weiter entwickelt. Mit dem Dienstleister wurde eine Analyse vorgenommen, in der mögliche Auswirkungen von künftigen Solvabilitätsvorschriften untersucht wurden.

Für die Durchführung der internen Revision besteht ein Funktionsausgliederungsvertrag mit der axis AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

### 1.5 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für die künftige Entwicklung können insbesondere **Risiken** im Bereich der Versicherungstechnik und der Kapitalanlagen von Bedeutung sein. Weitere Risiken können sich im operationalen Bereich ergeben. Wir begegnen den Risiken mit einem angemessenen Risikomanagement.

In der Versicherungstechnik stellt die Änderung der Rahmenbedingungen, insbesondere die Steigerung der Lebenserwartung, ein Risiko dar.

Wir analysieren die Risiken durch regelmäßige Kontrolle des Risikoverlaufs und der Rechnungsgrundlagen. In dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif wird die Deckungsrückstellung nach dem geschäftsplanmäßigen Verfahren weiter verstärkt, wobei der Rechnungszins von 3,5 % unverändert bleibt. Durch Vergleichsrechnungen mit neuen Rechnungsgrundlagen und einem erhöhten Rechnungszins von bis zu 4,0 % wird geprüft, ob der erreichte Stand der Verstärkungen zum Bilanzstichtag als ausreichend angesehen werden kann.

In den neueren Tarifen werden die DAV-Sterbetafeln angewendet. Soweit deshalb erforderlich, werden weitere Anpassungen der Deckungsrückstellung vorgenommen.

Zur Absicherung hoher Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen sowie medizinisch erhöhter Risiken erfolgt eine eingehende Risikoprüfung vor Vertragsabschluss.

Außerdem besteht ein Rückversicherungsvertrag, durch den wir unseren Selbstbehalt übersteigende oder erhöhte Risiken für diese Versicherungsfälle rückgedeckt haben.

Die Risiken am Kapitalmarkt werden durch eine vorsichtige Anlagepolitik begrenzt. Dabei wird stets der Sicherheit der Kapitalanlagen der Vorrang vor einer eventuell höheren Rendite, die mit zu hohen Risiken verbunden wäre, gegeben. Der Schwerpunkt unserer Kapitalanlagen liegt auf festverzinslichen Wertpapieren gut fundierter Aussteller, die bei der Neuanlage über ein Investment-Grade-Rating verfügen müssen. Der Anteil an Wertpapieren, die kein Investment-Grade-Rating mehr haben, beläuft sich auf 0,9 % der gesamten Kapitalanlagen. Dabei handelt es sich um die Staatsanleihen von Portugal und eine nachrangige Anleihe der Commerzbank. Eine tabellarische Übersicht zu dem Bestand der Staatsanleihen ist im Anhang zum Jahresabschluss in den Erläuterungen zu der Bilanzposition Aktiva B II 2 dargestellt. Trotz der überwiegend vorliegenden Investment-Grade-Ratings kommt in den Marktwerten für einige Staaten ein möglicherweise höheres Risiko zum Ausdruck. Nur ein geringer Anteil wird in Risikokapitalanlagen getätigt. Aktienanlagen halten wir weder im Direktbestand noch über Investmentfonds. Bei den Investmentanteilen handelt es sich um einen Spezialfonds, der in Unternehmensanleihen investiert ist, die bei der Neuanlage ebenfalls über ein Investment-Grade-Rating verfügen müssen. Innerhalb des Investmentfonds betrug der Anteil an festverzinslichen Wertpapieren ohne Investment-Grade-Rating 0,4 % der gesamten Kapitalanlagen. Im Übrigen achten wir bei unseren

Kapitalanlagen auf eine ausreichende Mischung und Streuung. Bei Neuanlagen investieren wir regelmäßig in längere Laufzeiten. Mit dieser Kapitalanlagepolitik soll sichergestellt werden, dass die tariflichen Rechnungszinssätze dauerhaft erreicht werden. Diese Kapitalanlagepolitik wollen wir auch in Zukunft beibehalten. Eine Herausforderung liegt dabei in den zurzeit niedrigen Kapitalmarktzinsen. Eine länger anhaltende Niedrigzinsphase würde sich wegen der vorhandenen langfristigen Kapitalanlagen erst allmählich auswirken, könnte aber dann zu einer substantiellen Verminderung der Nettoverzinsung führen.

Für die Versicherungen nach dem Tarif 2000 beträgt der tarifliche Rechnungszins 4,0 %. Wir haben die Deckungsrückstellung in diesem aufsichtsbehördlich genehmigten Tarif um eine Zinszusatzrückstellung verstärkt. Diese Maßnahme beruht auf einer Änderung des Geschäftsplans, mit der wir eine zusätzliche Sicherheitsspanne erreichen, die sich an den Bestimmungen der Deckungsrückstellungsverordnung orientiert.

Unmittelbar gilt die Deckungsrückstellungsverordnung nur für Verträge, denen keine aufsichtsbehördlich genehmigten Tarife zugrunde liegen. Nach diesen Bestimmungen ist für das Geschäftsjahr 2012 bei der Berechnung der Deckungsrückstellung für die nächsten 15 Jahre anstelle eines Rechnungszinses von 4,0 % der niedrigere Referenzzins von derzeit 3,64 % anzusetzen.

In Anlehnung an diese Regelungen können bei einem sinkenden Referenzzins künftig weitere Erhöhungen der Zinszusatzrückstellung anfallen. Davon wäre dann möglicherweise auch der zum 31. Dezember 1996 geschlossene Tarif mit dem Rechnungszins von 3,5 % betroffen. Eine unmittelbare Auswirkung aufgrund der Deckungsrückstellungsverordnung würde sich für unsere neueren, genehmigungsfreien Tarife erst ergeben, wenn der Referenzzins künftig niedriger als 3,25 % wäre, dem höchsten für diese Tarife geltenden Rechnungszinssatz.

Die Zinszusatzrückstellung trägt dazu bei, dass das Risiko aus einer anhaltenden Niedrigzinsphase reduziert wird.

Den operationalen Risiken begegnen wir insbesondere durch eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation unseres Geschäftsbetriebes. In die Organisation ist ein internes Kontrollsystem einbezogen.

Die **Chancen** der künftigen Entwicklung liegen in der wachsenden Bedeutung und Notwendigkeit der zusätzlichen Altersversorgung. Dabei sind die staatlich geförderten Vorsorgemodelle „Basisrente“ und betriebliche Altersversorgung wichtige Säulen.

Als berufsständische Pensionskasse ist die Deutsche Steuerberater-Versicherung ein besonders geeigneter Partner. Die niedrigen Betriebskosten erlauben uns, kostengünstige und attraktive Tarife anzubieten. Es fallen keine Abschlussgebühren und Kosten für einen Außendienst oder Makler an. Von den Sparbeiträgen werden keine Anteile für Provisionen verbraucht, sondern sie fließen direkt in die Altersvorsorge.

Mit einer soliden Geschäftspolitik tragen wir zur Alterssicherung der Mitglieder und Versicherten bei. Interessenten an Vorsorgelösungen können uns als zuverlässigen Partner für ihre Alters- und Risikoversorge wahrnehmen.

Erhöhte Chancen für die Entwicklung sehen wir in den guten Beziehungen zum Berufsstand, die durch den Beirat gestärkt werden.

## 1.6 Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung waren nach Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Vor dem Hintergrund des schwierigen Kapitalmarktumfeldes sehen wir die aktuelle Geschäftslage der Deutschen Steuerberater-Versicherung insgesamt als zufriedenstellend an.

Unsere aktuellen Tarife bieten günstige und flexible Versicherungslösungen. Dabei sind die Beiträge für Frauen und Männer gleich kalkuliert. Als Produktlinien stehen die folgenden Tarife zur Verfügung:

<b>ds:Rente</b>	– die flexible Rentenversicherung
<b>ds:Rente Plus</b>	– die umfassende Alters- und Hinterbliebenenversorgung
<b>ds:Basisrente</b>	– die zertifizierte Basisrente
<b>ds:BU</b>	– die eigenständige Berufsunfähigkeits-Versorgung
<b>ds:bAV</b>	– die Pensionskasse zur betrieblichen Altersversorgung

In der gesetzlichen Rentenversicherung wird das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente wird für künftige Rentenzugänge sinken und allein für eine ausreichende Altersabsicherung voraussichtlich nicht mehr reichen. Die steigende Lebenserwartung führt außerdem dazu, dass zu Beginn der Altersrente mehr Kapital vorhanden sein muss, um ein ausreichendes Alterseinkommen zu erzielen. Eine zusätzliche Altersvorsorge wird immer wichtiger.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung bietet günstige und lukrative Vorsorgemöglichkeiten für die zusätzliche Alters- und Risikoabsicherung. Dabei kann auch das Rentenbeginnalter flexibel gestaltet werden. Diese Vorteile wollen wir auch unter den künftigen Rahmenbedingungen sicherstellen.

Die Konjunkturprognosen gehen für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2013 von einem moderaten Wachstum mit einer ansteigenden konjunkturellen Dynamik aus.

Für die Deutsche Steuerberater-Versicherung rechnen wir mit einer Fortsetzung der stabilen Entwicklung in den Geschäftsjahren 2013 und 2014. Dabei erwarten wir für die Beitragseinnahmen insgesamt weitere Rückgänge. Diese Einschätzung beruht auf zunehmenden Abläufen und Übergängen in die Rentenbezugsphase bei den bestehenden Versicherungen. In den Bereichen betriebliche Altersversorgung und Basisrente rechnen wir mit einem weiteren Wachstum.

Bonn, den 18. April 2013

Der Vorstand



Petra Albrecht



Martin Bollmann


## 2 JAHRESABSCHLUSS

## 2.1 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva	Euro	Euro	Euro	2012 Euro	2011 Euro
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				171.034,00	190.256,50
<b>B. Kapitalanlagen</b>					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			12.742.713,56		12.853.663,56
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		59.999.911,90			49.999.989,70
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		137.594.661,64			183.352.592,48
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		48.010,13			56.266,20
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	455.354.150,00				396.813.100,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	173.000.000,00	628.354.150,00			179.491.500,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten		34.300.000,00	860.296.733,67		17.500.000,00
				873.039.447,23	840.067.111,94
<b>C. Forderungen</b>					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			215.104,33		185.261,17
II. Sonstige Forderungen			55.864,62		67.674,07
				270.968,95	252.935,24
<b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>					
I. Sachanlagen und Vorräte			132.410,00		111.407,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1.114.878,85		1.578.933,47
III. Andere Vermögensgegenstände			5.636.998,84		5.203.718,75
				6.884.287,69	6.894.059,22
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			18.367.343,18		18.356.878,56
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			227.648,36		268.439,46
				18.594.991,54	18.625.318,02
<b>Summe der Aktiva</b>				898.960.729,41	866.029.680,92

Gemäß § 73 VAG wird bestätigt, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Bonn, den 18. April 2013

  
Hans Theo Laufenberg, Treuhänder

Passiva	Euro	Euro	2012 Euro	2011 Euro
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			10.900.000,00	10.450.000,00
<b>B. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			7.000.000,00	7.000.000,00
<b>C. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>				
I. Beitragsüberträge		3.952.109,53		4.140.395,47
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	853.350.730,00			823.615.066,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	85.603.693,00	767.747.037,00		85.885.410,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.482.811,81			1.025.744,15
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	831.614,00	651.197,81		440.520,00
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		21.365.094,10		18.760.175,86
			793.715.438,44	761.215.451,48
<b>D. Andere Rückstellungen</b>				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		265.964,00		240.976,00
II. Sonstige Rückstellungen		271.278,11		258.547,15
			537.242,11	499.523,15
<b>E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft</b>			85.603.693,00	85.885.410,00
<b>F. Andere Verbindlichkeiten</b>				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern		467.073,35		223.010,96
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		490.301,80		522.145,39
III. Sonstige Verbindlichkeiten		232.501,41		219.660,64
davon:				
aus Steuern	23.185,87 Euro			
(im Vorjahr 19.750,03 Euro)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00 Euro			
(im Vorjahr 0,00 Euro)				
			1.189.876,56	964.816,99
<b>G. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			14.479,30	14.479,30
<b>Summe der Passiva</b>			898.960.729,41	866.029.680,92

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 und Abs. 6 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 11. April 2013 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.



Bonn, den 18. April 2013

Martin Bollmann, Verantwortlicher Aktuar

## 2.2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	Euro	Euro	2012 Euro	2011 Euro
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>				
<b>1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung</b>				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	32.275.668,12			33.080.794,49
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-409.413,07	32.685.081,19		617.878,11
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		188.285,94	32.873.367,13	34.908,93
<b>2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung</b>			752.856,00	687.536,00
<b>3. Erträge aus Kapitalanlagen</b>				
a) Erträge aus Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.132.253,07			1.106.138,87
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	36.336.703,35	37.468.956,42		35.688.561,39
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		6.550.109,37	44.019.065,79	5.211.490,12
<b>4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung</b>				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	36.860.955,23			30.809.309,32
bb) Anteil der Rückversicherer	1.317.474,00	35.543.481,23		890.436,00
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	457.067,66			-108.192,23
bb) Anteil der Rückversicherer	391.094,00	65.973,66	35.609.454,89	9.198,00
<b>5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen</b>				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		29.735.664,00		33.153.219,00
bb) Anteil der Rückversicherer		-281.717,00	30.017.381,00	768.166,00
<b>6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung</b>				
			4.929.282,11	685.787,09
<b>7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung</b>				
a) Abschlussaufwendungen	622.421,52			775.404,34
b) Verwaltungsaufwendungen	792.516,26	1.414.937,78		799.496,07
c) davon ab: Erhaltene Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			1.090.845,18	324.092,60
				1.454.542,78
<b>8. Aufwendungen für Kapitalanlagen</b>				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.381.114,53		1.226.605,74
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		384.322,49		6.663.667,50
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		523.852,30	2.289.289,32	0,00
<b>9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung</b>				
			3.056.862,03	3.017.412,06
<b>10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung</b>				
			1.418.926,97	1.291.185,58
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>				
1. Sonstige Erträge		5.058,90		14.442,27
2. Sonstige Aufwendungen		837.896,54	-832.837,64	823.991,78
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			586.089,33	481.636,07
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			136.089,33	131.636,07
5. Jahresüberschuss			450.000,00	350.000,00
6. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			450.000,00	350.000,00
7. Bilanzgewinn			0,00	0,00

### 3 ANHANG

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Dabei wurde von der Möglichkeit des § 265 Abs. 8 HGB Gebrauch gemacht, Posten oder Unterposten der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung nicht aufzuführen, wenn hierunter fallende Gegenstände nicht vorhanden oder Aufwendungen oder Erträge nicht angefallen sind.

Das Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB, eine sich voraussichtlich insgesamt ergebende künftige Steuerentlastung – nach Saldierung mit künftigen Steuerbelastungen – als aktive latente Steuern in der Bilanz anzusetzen, wurde nicht ausgeübt.

Wesentliche Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und den steuerlichen Wertansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, bestehen bei bestimmten Bilanzpositionen der Kapitalanlagen (Aktiva B I und II 1) und bei der Bilanzposition zur Pensionsrückstellung (Passiva D I). Die Differenzen werden voraussichtlich zu künftigen Steuerentlastungen führen, wobei die Bewertung mit einem Steuersatz von 30 % erfolgte.

Es wurde von dem Wahlrecht des Art. 67 Abs. 3 EGHGB weiterhin Gebrauch gemacht, in der Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009 enthaltene Rückstellungen für Instandhaltungsaufwendungen beizubehalten.

Nach dem Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetz (VersKapAG) vom 26. März 2002 sind die unter Aktiva B II 1 und 2 ausgewiesenen Kapitalanlagen nicht nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften (strenges Niederstwertprinzip), sondern nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, soweit sie dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 341b Abs. 2 HGB).

Die unter Aktiva B II 4 ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zum Nennwert oder gegebenenfalls dem niedrigeren Anschaffungswert bewertet. Ist der Nennwert niedriger als die Anschaffungskosten, wurde entsprechend dem Wahlrecht nach § 341c Abs. 2 Satz 2 HGB der Unterschiedsbetrag als Agio in den Rechnungsabgrenzungsposten unter Aktiva E II aufgenommen und planmäßig zeitanteilig aufgelöst.

### 3.1 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2012

#### Aktiva

##### A. Immaterielle Vermögensgegenstände

- I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Unter dieser Position ist entgeltlich erworbene EDV-Software ausgewiesen.

Bestand am 31.12.2011	190.256,50 €
Zugänge	66.239,56 €
Abgänge	0,00 €
Abschreibungen	85.462,06 €
Bestand am 31.12.2012	171.034,00 €

Für die Abschreibungen wurden Nutzungsdauern nach amtlichen bzw. branchenüblichen Tabellen zugrunde gelegt.

##### B. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr ist aus der Seite 20 ersichtlich (Aktivposten B I bis II).

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV sind in der folgenden Übersicht angegeben:

##### Zeitwerte der Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2012

	Bilanzwert	Zeitwert
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	12.742.713,56 €	13.238.000,00 €
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	59.999.911,90 €	64.483.864,92 €
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	137.594.661,64 €	148.234.959,05 €
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	48.010,13 €	48.010,13 €
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	455.354.150,00 €	502.375.800,00 €
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	173.000.000,00 €	189.723.600,00 €
5. Einlagen bei Kreditinstituten	34.300.000,00 €	34.300.000,00 €
Summe II.	860.296.733,67 €	939.166.234,10 €
Kapitalanlagen insgesamt	873.039.447,23 €	952.404.234,10 €

Die Gesamtsumme der (fortgeführten) Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen entspricht dem Bilanzwert von 873.039.447,23 € zzgl. einem Agio von 91.469,20 €, somit insgesamt 873.130.916,43 €. Die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes dieser Kapitalanlagen beträgt 952.404.234,10 €. Daraus ergibt sich ein Gesamtsaldo an Bewertungsreserven von 79.273.317,67 €.

Weitere Erläuterungen zu den Bilanzwerten und den Zeitwerten enthalten die folgenden Angaben.



## I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Grundstücke sind mit den weiterentwickelten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB mit Nutzungsdauern von 50 Jahren vorgenommen wurden. Der Zeitwert der Grundstücke beträgt 13.238.000,00 € gegenüber einem Bilanzwert von 12.742.713,56 €. Die Zeitwerte sind gemäß Wertgutachten aus dem Jahr 2009 als Verkehrswerte nach der Ertragswertmethode gemäß Wertermittlungsverordnung und den Wertermittlungsrichtlinien bestimmt worden, wobei Wertberichtigungen nach § 55 RechVersV berücksichtigt sind. Das Grundstück Bonn, Poppelsdorfer Allee 24, wird zu 42 % für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Der Bilanzwert dieses Grundstücks beträgt 3.319.515,02 €.

## II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Zeitwert der sonstigen Kapitalanlagen beträgt 939.166.234,10 € gegenüber einem Bilanzwert von 860.296.733,67 €.

Die Zeitwerte der Investmentanteile und der Wertpapiere sind nach den Kurswerten bestimmt worden. Bei den Grundschooldforderungen und den Festgeldanlagen wurden die Nominalwerte angesetzt. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden nach der Barwert-Methode anhand von Renditestrukturen ermittelt.

### 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter dieser Position sind Anteile an inländischen Investmentfonds ausgewiesen:

Investmentanteile	59.999.911,90 €
-------------------	-----------------

Die Investmentanteile sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; sie sind daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert der Investmentanteile beträgt 64.483.864,92 €. Stille Lasten bestehen hierbei nicht. Die stillen Reserven betragen 4.483.953,02 €.

Bei den Investmentfonds handelt es sich um den Spezialfonds BWInvest-83. Für das Geschäftsjahr erfolgte aus dem Investmentfonds BWInvest-83 eine Ausschüttung von 2.335.957,80 €.

Die Anlageziele des Investmentfonds BWInvest-83 ergeben sich aus den in den Vertragsbedingungen festgelegten Anlagegrundsätzen und der Anlagepolitik. Der Spezialfonds BWInvest-83 investiert demnach fast ausschließlich in Unternehmensanleihen.

### 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Bestand gliedert sich wie folgt:

a) Öffentliche Anleihen, Anleihen von supranationalen und ähnlichen Einrichtungen	65.392.870,99 €
b) Pfandbriefe, Kommunalobligationen und andere Inhaberschuldverschreibungen, für die kraft Gesetzes eine besondere Deckungsmasse besteht	36.495.830,00 €
c) Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	35.705.960,65 €
	137.594.661,64 €

Diese Kapitalanlagen sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 148.234.959,05 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 4.903.154,85 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 15.543.452,26 €.

Von den stillen Lasten entfallen 3.854.104,85 € auf Wertpapiere mit Investment-Grade-Rating und 1.049.050,00 € auf Wertpapiere ohne Investment-Grade-Rating.

Bei den Wertpapieren ohne Investment-Grade-Rating handelt es sich um Staatsanleihen von Portugal, den im Rahmen des Zwangstausches erhaltenen Besserungsschein zu den bereits veräußerten Staatsanleihen von Griechenland und um eine Nachranganleihe der Commerzbank. Die Staatsanleihen von Portugal und die Nachranganleihe der Commerzbank hatten zum Zeitpunkt der Anschaffung der Wertpapiere noch ein Investment-Grade-Rating.

Der Buchwert der Wertpapiere ohne Investment-Grade-Rating beträgt 7.969.707,00 € und der Zeitwert 6.987.657,00 €. Aufgrund der Maßnahmen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten wird davon ausgegangen, dass die Wertminderung bei den Wertpapieren von Portugal voraussichtlich nicht dauerhaft ist und die Wertpapiere bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden. Der Besserungsschein wurde zum Marktwert bewertet. Daher erfolgte hier eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 3.480,75 €.

Zwei Wertpapiere wurden Anfang 2013 zu Kursen unter dem Nennwert vorzeitig veräußert. Hierfür wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 39.950,00 € vorgenommen.

Der Bestand an Anleihen von Staaten, deren Regionalregierungen und Gebietskörperschaften stellt sich wie folgt dar:

	Bilanzwert	Zeitwert
Belgien	3.000.000,00 €	3.678.000,00 €
Deutschland	10.033.300,00 €	12.330.500,00 €
Finnland	4.006.250,00 €	4.913.900,00 €
Frankreich	5.057.600,00 €	6.351.800,00 €
Griechenland	18.207,00 €	18.207,00 €
Irland	4.994.000,00 €	5.003.000,00 €
Italien	5.000.000,00 €	4.973.700,00 €
Lettland	995.500,00 €	1.180.500,00 €
Litauen	989.500,00 €	1.119.000,00 €
Österreich	3.971.809,44 €	4.695.750,00 €
Polen	4.923.500,00 €	5.833.000,00 €
Portugal	6.956.500,00 €	5.907.450,00 €
Spanien	10.000.000,00 €	8.284.000,00 €
Slowenien	2.000.000,00 €	1.807.200,00 €
Insgesamt	61.946.166,44 €	66.096.007,00 €

### 3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Die Darlehen sind durch erstrangige Grundschulden gesichert. Die Forderungen wurden zum Nominalwert bewertet.

#### 4. Sonstige Ausleihungen

Diese Position verteilt sich auf folgende Untergruppen:

a) Namensschuldverschreibungen	455.354.150,00 €
b) Schuldscheinforderungen	173.000.000,00 €
	628.354.150,00 €

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zum Nennwert oder dem niedrigeren Anschaffungswert bewertet.

Der Zeitwert beträgt 692.099.400,00 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 3.081.300,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 66.826.550,00 €.

#### 5. Einlagen bei Kreditinstituten

Es handelt sich um Festgeldanlagen in Höhe von 34.300.000,00 €, die überwiegend zum Jahresende getätigt worden sind. Sie sind zum Nominalwert bewertet.

### C. Forderungen

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an

#### 1. Versicherungsnehmer

Die Forderungen an Mitglieder sind im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen äußerst niedrig. Von den ausgewiesenen Forderungen wurden 180.253,31 € im ersten Quartal 2013 ausgeglichen.

II. Sonstige Forderungen

Die Position besteht im Wesentlichen aus Mietforderungen.

### D. Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen und Vorräte

Unter dieser Position ist ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Die Aktivierung erfolgte zu Anschaffungskosten, die Abschreibungen linear mit Nutzungsdauern, die anhand von amtlichen bzw. branchenüblichen Tabellen ermittelt wurden. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von 150,00 € sind als Aufwendungen behandelt worden.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Die ausgewiesenen Guthaben bestehen bei Kreditinstituten im Inland.

III. Andere Vermögensgegenstände

Hier sind im Wesentlichen Vorauszahlungen von Renten in Höhe von 5.314.671,16 € ausgewiesen, die erst am 1. Januar 2013 fällig geworden sind, sowie Ansprüche auf Erstattung von Steuerzahlungen.

## E. Rechnungsabgrenzungsposten

### I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Es handelt sich um anteilige Zinsen, die auf 2012 entfallen, aber erst 2013 fällig werden.

### II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es war ein Disagio aus der Begebung der nachrangigen Schuldverschreibungen eingestellt worden. Das Disagio wird zeitanteilig aufgelöst und beträgt 136.179,16 €.

In 2011 ist ein Agio für eine Namensschuldverschreibung in Höhe des Betrages, um den die Anschaffungskosten den Nennwert überstiegen, aktiviert worden. Das Agio wird zeitanteilig aufgelöst und beträgt 91.469,20 €.

## Entwicklung der Aktivposten A und B I bis II im Geschäftsjahr 2012

	Bilanzwerte Vorjahr TsdEuro	Zugänge TsdEuro	Um- buchungen TsdEuro	Abgänge TsdEuro	Zuschrei- bungen TsdEuro	Abschrei- bungen TsdEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr TsdEuro
<b>A. Immaterielle Vermö- gensgegenstände</b>							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerb- liche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	190	66				85	171
<b>B I. Grundstücke, grund- stücksgleiche Rechte und Bauten auf frem- den Grundstücken</b>	12.854	230				341	12.743
<b>B II. Sonstige Kapitalanlagen</b>							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festver- zinsliche Wertpapiere	50.000	10.000					60.000
2. Inhaberschuldverschrei- bungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	183.353	10.701		56.416		43	137.595
3. Hypotheken-, Grund- schul- und Renten- schuldforderungen	56			8			48
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuld- verschreibungen	396.813	93.000		34.459			455.354
b) Schuldscheinforde- rungen und Darlehen	179.491	40.000		46.491			173.000
5. Einlagen bei Kredit- instituten	17.500	169.500		152.700			34.300
<b>6. Summe B II.</b>	827.213	323.201		290.074		43	860.297
<b>Insgesamt</b>	840.257	323.497		290.074		469	873.211

## Passiva

### A. Eigenkapital

#### I. Gewinnrücklagen

##### 1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Verlustrücklage wurde um 450.000,00 € auf 10.900.000,00 € erhöht.

### B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt weniger als fünf Jahre. Der Zinssatz der Schuldverschreibungen beträgt 6,5 %.

### C. Versicherungstechnische Rückstellungen

#### I. Beitragsüberträge

Es werden die fälligen Zahlungen der Vierteljahres- und Jahresbeiträge jeweils zum Soll gestellt; die auf das Jahr 2013 entfallenden Beitragsanteile wurden nach den steuerlichen Vorschriften als Beitragsüberträge abgegrenzt. Anteile des Rückversicherers bestehen nicht.

#### II. Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2012 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach dem aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplan und den der Aufsichtsbehörde angezeigten Grundsätzen prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet. Sie hat sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt entwickelt:

	Bruttobetrag	davon rückversichert	Nettobetrag
Stand am 31.12.2011	823.615.066,00 €	85.885.410,00 €	737.729.656,00 €
Zuführung	29.735.664,00 €	-281.717,00 €	30.017.381,00 €
Stand am 31.12.2012	853.350.730,00 €	85.603.693,00 €	767.747.037,00 €

Entsprechend sind unter Passiva E Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 85.603.693,00 € (im Vorjahr 85.885.410,00 €) ausgewiesen.

Für die Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“) wurde die Deckungsrückstellung zunächst nach den ursprünglichen geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ermittelt, mit denen auch die Beiträge kalkuliert sind. Demnach werden bei Anwärtern für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Allgemeinen Sterbetafeln für die Bundesrepublik Deutschland 1949/51* und bei laufenden Renten die *Richttafeln für die Pensionsversicherung von Heubeck-Fischer* verwendet.

Um die gestiegene Lebenserwartung zu berücksichtigen, erfolgt ein Übergang auf neue biometrische Rechnungsgrundlagen. Hierzu wird die Deckungsrückstellung seit dem Jahr 1999 schrittweise verstärkt. Dabei darf der erreichte Verstärkungsgrad den geschäftsplanmäßig vorgegebenen Mindeststand nicht unterschreiten. Zum 31. Dezember 2012 beträgt die Verstärkung 70,5 % der Differenz der nach den neuen Rechnungsgrundlagen und der nach den ursprünglichen Rechnungsgrundlagen ermittelten Deckungsrückstellung (im Vorjahr 67,4 %).

Die neuen Rechnungsgrundlagen sind durch geeignete Modifikationen aus den *Richttafeln 2005 G von K. Heubeck* abgeleitet worden, um die beobachtete Risikoentwicklung angemessen zu berücksichtigen. Dabei werden seit dem Jahr 2007 in den neuen Rechnungsgrundlagen eine weiter gehende Absenkung der Sterbewahrscheinlichkeiten und Anpassungen der künftigen Trendannahmen angesetzt. Für die Gesamt- und Rentnersterbewahrscheinlichkeiten der Basistafel werden demnach grundsätzlich 60 % der Richttafelwerte – mit weiteren Absenkungen im Altersbereich von 55 bis 80 Jahren – verwendet. Bei einem linearen Übergang der Modifikationssätze im Altersbereich von 80 bis 85 Jahren werden als Rentnersterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter 85 Jahre 70 % der Richttafelwerte angenommen.

Sowohl für die Deckungsrückstellung nach den bisherigen als auch nach den neuen Rechnungsgrundlagen beträgt der Rechnungszins einheitlich 3,5 %. Eine Vergleichsrechnung zeigt, dass der Betrag der in die Bilanz für diese Versicherungen – einschließlich der bisherigen Verstärkungen – eingestellten Deckungsrückstellung bereits höher ist, als es der Betrag einer mit den neuen Rechnungsgrundlagen und einem erhöhten Rechnungszins von 4,0 % berechneten Deckungsrückstellung wäre.

Für den ab dem 1. Januar 1997 geltenden „[Tarif 2000](#)“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %. Der Tarif war zum 31. Dezember 2001 für den Neuzugang geschlossen worden.

Die Deckungsrückstellung für den „[Tarif 2000](#)“ enthält einen erhöhten allgemeinen Sicherheitszuschlag von 2,5 % sowie eine Zinszusatzrückstellung von 3,0 %. Diese Sicherheitsspannen entsprechen etwa einer Absenkung des Rechnungszinses von 4,0 % auf 3,64 % für die nächsten 15 Jahre.

Für den ab dem 1. Januar 2002 geltenden „[Tarif 2000 plus](#)“ und den ab dem 1. Januar 2004 geltenden „[Tarif 04 plus](#)“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 3,25 % für den „[Tarif 2000 plus](#)“ bzw. 2,75 % für den „[Tarif 04 plus](#)“. Diese Tarife sind für den Neuzugang geschlossen.

Für den Neuzugang an Rentenversicherungen nach dem „[Tarif 2005](#)“ in den Jahren 2005 und 2006 bzw. nach dem „[Tarif 2007](#)“ im Jahr 2007 bzw. „[Tarif 2008](#)“ in den Jahren 2008 bis 2011 und dem „[Tarif 2012](#)“ im Jahr 2012 werden als Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Sterbetafeln DAV 2004 R* verwendet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 % für den „[Tarif 2005](#)“ bzw. 2,25 % für den „[Tarif 2007](#)“ und den „[Tarif 2008](#)“ bzw. 1,75 % für den „[Tarif 2012](#)“.

Bei den Risikoversicherungen werden als Rechnungsgrundlagen Werte auf einem Niveau von 75 % der *Sterbetafeln DAV 1994 T* mit dem für den Tarif jeweils geltenden Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % oder 2,25 % angewendet. Es bestehen keine Risikoversicherungen mit einem Rechnungszins von 1,75 %.

Die Anwartschaften auf Hinterbliebenenrenten sind jeweils nach der Kollektivmethode berücksichtigt worden.

### III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Es handelt sich um Versicherungsfälle, bei denen die abschließende Prüfung noch aussteht.

Die Rückstellung wurde für jeden Einzelfall als Barwert der maßgeblichen Versicherungsleistungen, vermindert um das vorhandene Deckungskapital, bestimmt. Der Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurde auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge entsprechend ermittelt.

#### IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand am 31.12.2011	18.760.175,86 €
Entnahme im Geschäftsjahr	2.324.363,87 €
Zwischensumme	16.435.811,99 €
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	4.929.282,11 €
Stand am 31.12.2012	21.365.094,10 €

Es handelt sich ausschließlich um noch nicht zugeteilte erfolgsabhängige Überschussanteile.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung setzt sich zum 31. Dezember 2012 aus folgenden Teilen zusammen:

1. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile gemäß bereits erfolgten Beschlüssen	247.914,00 €
gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	1.195.212,00 €
2. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile gemäß bereits erfolgten Beschlüssen	13.658,00 €
gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	841.138,00 €
3. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	524.179,00 €
4. Teil des Schlussüberschussanteilfonds für die Finanzierung von Gewinnrenten in Form von Leistungszuschlägen	3.979.516,00 €
5. Teil des Schlussüberschussanteilfonds für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen	8.501.032,00 €
6. ungebundener Teil	6.062.445,10 €
Insgesamt	21.365.094,10 €

Die Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte für die betroffenen Versicherungen gemäß § 28 RechVersV. Hierbei kamen versicherungsmathematische Methoden zur Anwendung. Die Rechnungsgrundlagen wurden unter Berücksichtigung von Erwartungswerten aus den Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung abgeleitet. Abzinsungen wurden mit einem Zinssatz von 3,75 % (im Vorjahr 4,00 %) vorgenommen.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang angegeben.

#### D. Andere Rückstellungen

##### I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Aufgrund von Versorgungsanwartschaften wurde eine Pensionsrückstellung gebildet.

Die Pensionsrückstellung ist gemäß § 253 Abs. 2 HGB nach dem Teilwertverfahren mit einer Dynamik aufgrund einer angenommenen Inflationsrate von 2,0 % versicherungsmathematisch berechnet worden. Als Rechnungsgrundlagen wurden ein Rechnungszins von 5,04 % (im Vorjahr 5,14 %) und die Richttafeln 2005 G verwendet. Der Rechnungszins beruht auf dem anzuwendenden Abzinsungssatz gemäß § 253 Abs. 2 Satz 4 HGB, wobei er pauschal bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angesetzt worden ist.

## II. Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich insbesondere um die voraussichtlichen Aufwendungen für den Jahresabschluss (Prüfung, Steuerberatung, Druck und Veröffentlichung) sowie für die Archivierung aufgrund von Aufbewahrungspflichten. Außerdem enthält diese Position Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen, für Beiträge zur Verwaltungs-Berufsgenossenschaft, für Instandhaltungskosten und für Kosten der internen Revision.

## E. Depotverbindlichkeiten

Der ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts an der Deckungsrückstellung (Position Passiva C II 2).

## F. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber

### 1. Versicherungsnehmern

Es handelt sich um Beitragsvorauszahlungen von Mitgliedern sowie um Verbindlichkeiten für Versicherungsleistungen.

II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

Der Betrag von 490.301,80 € ergibt sich aus dem Saldo der Abrechnung nach den geschlossenen Rückversicherungsverträgen.

Der Rückversicherer ist außerdem in Höhe von 831.614,00 € an der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beteiligt (Position Passiva C III 2).

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 3 b RechVersV beträgt 2.927.109,25 € (im Vorjahr 2.504.464,67 €).

III. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Position enthält Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen, die im Jahre 2012 erbracht, aber erst nach dem Bilanzstichtag in Rechnung gestellt und inzwischen bezahlt wurden. Die Verbindlichkeiten aus Steuern belaufen sich auf 23.185,87 €. Außerdem umfasst die Position Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 77.287,96 € für anteilige Zinsen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen (Position Passiva B), die auf 2012 entfallen, aber erst in 2013 fällig sind.

## G. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dieser Position sind Mietvorauszahlungen ausgewiesen.



### 3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

#### I. Versicherungstechnische Rechnung

##### 1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011
Laufende Beiträge	29.417.621,04 €	30.547.949,02 €
Einmalbeiträge	2.858.047,08 €	2.532.845,47 €
Gebuchte Bruttobeiträge	32.275.668,12 €	33.080.794,49 €

Die gebuchten Bruttobeiträge betreffen ausschließlich Einzelversicherungen mit Gewinnbeteiligung.

Die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge in Höhe von -409.413,07 € (im Vorjahr 617.878,11 €) waren für den Selbstbehalt übersteigende Risiken zu leisten. Dieser Betrag ergibt sich gemäß § 37 RechVersV aus den vertraglichen Rückversicherungsbeiträgen in Höhe von 6.128.525,93 € (im Vorjahr 6.401.899,11 €) vermindert um die vom Rückversicherer erhaltenen Portfeuille-Austrittsbeiträge von 6.537.939,00 € (im Vorjahr 5.784.021,00 €). Dadurch erklärt sich der negative Betrag der abgegebenen Rückversicherungsbeiträge.

##### 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Zur Erhöhung der versicherten Leistungen durch Überschussbeteiligung aufgrund der Beschlüsse der Vertreterversammlung nach § 16 Abs. 2 der Satzung war ein Betrag von 752.856,00 € erforderlich, der aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu entnehmen war. Dem steht eine entsprechende Erhöhung der Deckungsrückstellung gegenüber.

##### 3. Erträge aus Kapitalanlagen

Es handelt sich um	2012	2011
a) Erträge aus Grundstücken	1.132.253,07 €	1.106.138,87 €
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	36.336.703,35 €	35.688.561,39 €
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	6.550.109,37 €	5.211.490,12 €
	44.019.065,79 €	42.006.190,38 €

Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergeben sich in Höhe von 6.425.449,51 € aus dem Verkauf von Wertpapieren.

##### 4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Die Zahlungen für Versicherungsfälle gliedern sich wie folgt:

	2012	2011
Laufende Renten	23.344.311,46 €	21.205.999,19 €
Rückvergütungen	35.156,80 €	24.574,88 €
Kapitalabfindungen	13.243.042,00 €	9.386.187,00 €
Regulierungsaufwendungen	238.444,97 €	192.548,25 €
	36.860.955,23 €	30.809.309,32 €
Anteile des Rückversicherers	1.317.474,00 €	890.436,00 €
	35.543.481,23 €	29.918.873,32 €

## 5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen

Der Betrag, der der Deckungsrückstellung zuzuweisen war, setzt sich wie folgt zusammen:

	2012	2011
a) Bruttobetrag	29.735.664,00 €	33.153.219,00 €
b) Anteil des Rückversicherers	-281.717,00 €	768.166,00 €
Nettozuführung	30.017.381,00 €	32.385.053,00 €

Von der Zuführung in 2012 entfallen 9.243.203,00 € (im Vorjahr 7.764.732,00 €) auf den Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif sowie 362.578,00 € (im Vorjahr 376.691,00 €) auf die Anpassung der Rechnungsgrundlagen in neueren Tarifen und 2.514.540,00 € (im Vorjahr 0,00 €) auf die Bildung der Zinszusatzrückstellung.

## 6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung

Nach § 16 der Satzung ist der nach Zuführung zur Verlustrücklage verbleibende Überschuss der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen (Rückstellung für künftige Überschussbeteiligung). Im Geschäftsjahr sind dies 4.929.282,11 €. Im Vorjahr belief sich der Betrag auf 685.787,09 €.

## 7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011
a) Abschlussaufwendungen	622.421,52 €	775.404,34 €
b) Laufende Verwaltungsaufwendungen	792.516,26 €	799.496,07 €
	1.414.937,78 €	1.574.900,41 €

Die unter c) ausgewiesene Gewinnbeteiligung aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 1.090.845,18 € (im Vorjahr 1.454.542,78 €) ergab sich aus der Abrechnung nach den bestehenden Rückversicherungsverträgen.

## 8. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2012	2011
a) Anwendungen für		
Grundstücke	815.794,94 €	643.810,22 €
Verwaltung von Kapitalanlagen	565.319,59 €	582.795,52 €
	1.381.114,53 €	1.226.605,74 €
b) Abschreibungen auf		
Grundstücke planmäßig	340.891,74 €	339.117,50 €
Wertpapiere	43.430,75 €	6.324.550,00 €
	384.322,49 €	6.663.667,50 €
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	523.852,30 €	0,00 €
	2.289.289,32 €	7.890.273,24 €

## 9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

Bei dem Betrag handelt es sich im Wesentlichen um die rechnungsmäßigen Zinsen auf das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft (Position E der Passiva) in Höhe von 3.026.317,05 €.

## II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

### 1. Sonstige Erträge

In dem Betrag sind Habenzinsen aus den Girokonten in Höhe von 769,96 € enthalten.

### 2. Sonstige Aufwendungen

Die Position enthält Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 322.124,42 € (im Vorjahr 316.891,99 €). Dieser Betrag umfasst Aufwendungen für die Vertreterversammlung, den Aufsichtsrat und den Beirat, für die Prüfung und Veröffentlichung des Jahresabschlusses, für die Steuerberatung, für die interne Revision, für Archivierungskosten, für allgemeine Beratungskosten sowie für Gebühren und Beiträge.

Außerdem sind in der Position Zinsaufwendungen in Höhe von 490.525,00 € für die nachrangigen Verbindlichkeiten enthalten, wobei davon 35.525,00 € auf die zeitanteilige Auflösung des Disagios entfallen. Weitere Zinsaufwendungen in Höhe von 23.564,11 € betreffen den Ausgleich der Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft, den Zinsanteil aus der Zuführung zur Pensionsrückstellung sowie übrige Zinsaufwendungen..

### 4. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Aufwand für Steuern gliedert sich wie folgt:

Körperschaftsteuer	61.710,43 €
Solidaritätszuschlag	3.394,00 €
Gewerbesteuer	70.984,90 €
	136.089,33 €

### 5. und 6. Jahresüberschuss

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Zuführung zur Verlustrücklage wurde mit 450.000,00 € vorgenommen.

### 3.3 Weitere Angaben

#### 3.3.1 Verpfändete Vermögensgegenstände, Haftungsverhältnisse

Verpfändete, zur Sicherung übertragene oder hinterlegte Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzverfahren Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können – mit Ausnahme der Bestände des Sicherungsvermögens (§ 66 VAG) – sowie aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB waren weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr vorhanden.

#### 3.3.2 Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Vorjahr TsdEuro	Geschäftsjahr TsdEuro
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	–	–
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	–	–
3. Löhne und Gehälter	734	742
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	124	125
5. Aufwendungen für Altersversorgung	33	33
6. Aufwendungen insgesamt	891	900

#### 3.3.3 Angaben zum Abschlussprüfer

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr ist bestellt:

BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr beträgt 37.604,00 €. Dieser Betrag entfällt auf Abschlussprüfungsleistungen. Andere Bestätigungsleistungen, Steuerberatungsleistungen oder sonstige Leistungen wurden im Geschäftsjahr nicht erbracht.

#### 3.3.4 Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat besteht aus:

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen	(Vorsitzender) bis 23.06.2012
Franz Bausch, StB/vBP, Freiburg	(stv. Vorsitzender bis 23.06.2012, Vorsitzender ab 23.06.2012)
Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg	(stv. Vorsitzende ab 23.06.2012)
Jürgen Knatz, StB/WP/RB, Bielefeld	ab 23.06.2012

Der Vorstand besteht aus:

Petra Albrecht, Bonn  
Martin Bollmann, Dipl.-Math., Bonn

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von 85.680,00 € und für die Mitglieder des Vorstandes von 293.674,27 € aufgewendet. Forderungen gegenüber Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates bestehen nicht.

### 3.3.5 Angaben zur Belegschaft

Die Pensionskasse beschäftigte im Geschäftsjahr zwei Vorstandsmitglieder und durchschnittlich 10 Arbeitnehmer.

Bonn, den 18. April 2013

Der Vorstand



Petra Albrecht



Martin Bollmann

## 4 ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen)  
im Geschäftsjahr 2012

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten Euro
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres</b>	3.514	3.151	1.289	306	19.564.472,68
<b>II. Zugang während des Geschäftsjahres</b>					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	50	91	120	52	2.222.954,56
2. sonstiger Zugang	1	2	–	–	2.469,96
3. gesamter Zugang	51	93	120	52	2.225.424,52
<b>III. Abgang während des Geschäftsjahres</b>					
1. Tod	4	4	37	7	644.466,92
2. Beginn der Altersrente	110	49	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	10	3	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	–	2	26.940,28
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	71	26	–	–	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	1	1	–	–	–
7. sonstiger Abgang	1	–	1	–	108.194,36
8. gesamter Abgang	197	83	38	9	779.601,56
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres</b>	3.368	3.161	1.371	349	21.010.295,64
davon					
1. beitragsfreie Anwartschaften	476	482			
2. in Rückdeckung gegeben	1.827	804	–	–	–

Hinterbliebenenrenten				Summe der Jahresrenten		
	Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Witwen Euro	Witwer Euro	Waisen Euro
	367	10	31	2.188.600,96	35.430,72	97.239,76
	33	3	2	287.530,68	26.463,04	2.824,04
	–	–	–	80,40	33,00	2,28
	33	3	2	287.611,08	26.496,04	2.826,32
	6	–	–	12.744,72	–	–
	–	–	–	–	–	–
	–	–	–	–	–	–
	1	–	8	5.043,96	–	36.186,76
	–	–	–	–	–	–
	–	–	–	–	–	–
	1	–	–	–	–	–
	8	–	8	17.788,68	–	36.186,76
	392	13	25	2.458.423,36	61.926,76	63.879,32
	–	–	–	–	–	–

## Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen, weiteren Kapitalversicherungen und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2012

### A. Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen und weiteren Kapitalversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Sterbegeldversicherungen		Weitere Kapitalversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres</b>	–	–	36	5.345.258,00
<b>II. Zugang während des Geschäftsjahres</b>				
1. abgeschlossene Versicherungen	–	–	–	–
2. sonstiger Zugang	–	–	–	–
3. gesamter Zugang	–	–	–	–
<b>III. Abgang während des Geschäftsjahres</b>				
1. Tod	–	–	–	–
2. Ablauf	–	–	2	150.000,00
3. Storno	–	–	–	–
4. sonstiger Abgang	–	–	–	–
5. gesamter Abgang	–	–	2	150.000,00
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres</b>	–	–	34	5.195.258,00
davon				
1. beitragsfreie Versicherungen	–	–	–	–
2. in Rückdeckung gegeben	–	–	34	3.545.258,00

### B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro
<b>Bestand</b>				
1. am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	34	9.712
2. am Ende des Geschäftsjahres	–	–	32	9.484
davon in Rückdeckung gegeben	–	–	32	7.248

Unter den sonstigen Zusatzversicherungen sind die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen zu den weiteren Kapitalversicherungen ausgewiesen.



## 5 ANLAGE ZUM ANHANG

### Überschussverwendung

Der Vertreterversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Bei Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“),
  - a) die im Jahr 2013 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 9,00 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt,
  - b) bei denen ein vorzeitiger Versicherungsfall nach dem 31. Dezember 2009 und vor dem 1. Januar 2015 während der beitragspflichtigen Zeit eingetreten ist, werden im Jahr 2014 zusätzlich zu den versicherten Berufsunfähigkeitsleistungen bzw. den versicherten Hinterbliebenenleistungen laufende Leistungszuschläge gezahlt, die auf Grundlage der durch die vorherige Überschussverwendung erreichten Erhöhung der Altersrente – jeweils mit dem entsprechenden Verhältnis der versicherten Leistung zur versicherten Altersrente – bestimmt werden (wie im Jahr 2013); bei Berufsunfähigkeitsleistungen aus diesen Versicherungsfällen, die in den Jahren 2013 oder 2014 aufgrund eines Beginns der Altersrente ablaufen, wird ab dem Beginn der Altersrente die vor Eintritt der Berufsunfähigkeit erreichte Erhöhung der Altersrente zugrunde gelegt.
  
2. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung mit einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
  - a) die im Dezember 2012 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2013 die versicherten Renten für im Januar 2012 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen um einen Betrag erhöht, der sich nach geschäftsplanmäßigen Grundsätzen aus einer Gutschrift von 20 % des für das Jahr 2012 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
  - b) die im Dezember 2012 beitragspflichtig waren, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 20 % des für das Jahr 2012 gezahlten Beitrags vorgenommen.  
  
Die Gutschrift wird gemäß § 24 Abs. 4 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2013 verwendet.

Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, die im Jahr 2013 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird in der Grundversorgung ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 1,75 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.
  
3. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000 plus“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
  - a) die im Dezember 2012 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2013 die versicherten Renten um 0,50 % erhöht; für im Januar 2012 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der

tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2012 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

- b) die im Dezember 2012 beitragspflichtig waren,  
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,50 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2012 vorgenommen,  
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,50 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2012 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2012 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2013 verwendet.

4. Bei Versicherungen nach dem „[Tarif 04 plus](#)“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

- a) die im Dezember 2012 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2013 die versicherten Renten um 1,00 % erhöht; für im Januar 2012 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2012 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

- b) die im Dezember 2012 beitragspflichtig waren,  
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,00 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2012 vorgenommen,  
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,00 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2012 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2012 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2013 verwendet.

5. Bei den Versicherungen „[ds:Rente](#)“, „[ds:Rente Plus](#)“, „[ds:bAV](#)“, „[ds:Basis](#)“ und „[ds:Basisrente](#)“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

- a) die im Dezember 2012 beitragsfrei waren (ohne die laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2013 die versicherten Renten im „[Tarif 2005](#)“ um 1,25 % bzw. im „[Tarif 2007](#)“ und im „[Tarif 2008](#)“ um 1,75 % bzw. im „[Tarif 2012](#)“ um 2,25 % erhöht; für im Januar 2012 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 25 % des für das Jahr 2012 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

b) die im Dezember 2012 beitragspflichtig waren,  
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % im „[Tarif 2005](#)“ bzw. 1,75 % im „[Tarif 2007](#)“ und im „[Tarif 2008](#)“ bzw. 2,25 % im „[Tarif 2012](#)“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2012 vorgenommen,  
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % im „[Tarif 2005](#)“ bzw. 1,75 % im „[Tarif 2007](#)“ und im „[Tarif 2008](#)“ bzw. 2,25 % im „[Tarif 2012](#)“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2012 zuzüglich 25 % des für das Jahr 2012 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2013 verwendet.

c) die im Dezember 2012 im Rentenbezug waren (einschließlich der Versicherungen mit sofortigem Beginn der Altersrente),  
werden mit Wirkung zum 1. Januar 2013 die laufenden Renten im „[Tarif 2005](#)“ um 1,50 % bzw. im „[Tarif 2007](#)“ und im „[Tarif 2008](#)“ um 2,00 % bzw. im „[Tarif 2012](#)“ um 2,50 % erhöht.

Zusätzlich erhalten die Versicherungen nach den Buchstaben a und b bei Eintritt eines Leistungsfalles im Jahr 2014 (wie im Jahr 2013) eine Schlussüberschussbeteiligung gemäß § 8 Abs. 7 AVB, indem der für die Leistungsart erreichte Anspruch aus der laufenden Überschussbeteiligung um 20 % erhöht wird.

6. Bei Versicherungen der [eigenständigen Berufsunfähigkeitsversorgung](#) nach „[Tarif 2000](#)“, „[Tarif 2000 plus](#)“ oder „[Tarif 04 plus](#)“ – jeweils gemäß § 1 Abs. 1 Buchst. c) AVB – sowie bei den Versicherungen „[ds:BU](#)“

werden im Jahr 2014 (wie im Jahr 2013) für beitragspflichtige Versicherungen Überschussanteile in Höhe von 20 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

7. Bei Versicherungen nach „[Tarif RiBUZ](#)“ oder „[Tarif 04 RiBUZ](#)“ sowie bei den Versicherungen „[ds:RiBU](#)“  
werden im Jahr 2014 (wie im Jahr 2013) für beitragspflichtige Risikoversicherungen und die zugehörigen Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen jeweils Überschussanteile in Höhe von 30 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

8. Bei Versicherungen nach den [unter Nummer 1 bis 5 genannten Tarifen](#), aus denen im Jahr 2013 Kapitalabfindungen, Altersrenten, Hinterbliebenenleistungen, Rückvergütungen oder Übertragungswerte gezahlt werden,

wird eine Zuteilung zur Beteiligung an den Bewertungsreserven der Kapitalanlagen vorgenommen, indem im Jahr 2013 zusätzlich zu den Versicherungsleistungen ein Bewertungsüberschussanteil von 1,60 % der Versicherungsleistung des Jahres 2013 gezahlt wird.  
Für die Berechnung des Bewertungsüberschussanteils wird die vorgenannte Versicherungsleistung ohne einen etwaigen Schlussüberschussanteil nach Nummer 1 Buchstabe a oder Nummer 2 bestimmt.

## 6 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Steuerberater-Versicherung Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Pensionskasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, 23. April 2013

BDO AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Volkmer  
Wirtschaftsprüfer

gez. ppa. Meier  
Wirtschaftsprüfer

## 7 BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat die Entwicklung der Pensionskasse sorgfältig und fortlaufend überwacht und seine Aufgaben insbesondere in den Sitzungen des Gremiums wahrgenommen. Im Berichtsjahr fanden 5 turnusmäßige Sitzungen statt. Dabei unterrichtete der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig und zeitnah über die Entwicklung. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates stand darüber hinaus in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand.

An den Sitzungen des Beirates hat der Aufsichtsrat teilgenommen.

Schwerpunkte der Tätigkeit des Aufsichtsrates waren insbesondere:

- Bestandsentwicklung und Risikoverlauf
- Kapitalanlagen
- Risikomanagement und internes Kontrollsystem
- Neue Tarife
- Solvabilität

### **Bestandsentwicklung und Risikoverlauf**

Der Aufsichtsrat hat sich über die Bestandsentwicklung und den Risikoverlauf informiert. Dabei wurde die Entwicklung der Lebenserwartung und des Bestandes erörtert.

### **Kapitalanlagen**

Der Aufsichtsrat hat sich davon überzeugt, dass die von ihm aufgestellten Grundsätze der Vermögensanlage beachtet worden sind. Darüber hinaus wurden mit dem Vorstand die Perspektiven der Kapitalanlagen erörtert. Insbesondere wurden die Risiken einer länger andauernden Niedrigzinsphase erörtert.

Bei allen Entscheidungen zur Vermögensanlage lassen sich Aufsichtsrat und Vorstand von dem Grundsatz leiten, dass im Zweifel die Sicherheit einer Anlage stets Vorrang vor Renditeüberlegungen hat.

Es wurden Anpassungen der Kapitalanlage-Richtlinie bei den Streuungs- und Mischungsquoten im Hinblick auf das Marktumfeld und weitere Begrenzungen der einzugehenden Risiken vorgenommen.

### **Risikomanagement und internes Kontrollsystem**

Im Hinblick auf die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) hat sich der Vorstand eingehend mit der Risikosteuerung befasst und die Risikostrategie umgesetzt.

Das interne Steuerungs- und Kontrollsystem wurde hinsichtlich der MaRisk VA weiter ausgebaut und das vorhandene Organisationshandbuch angepasst.

Bestandteil des internen Kontrollsystems ist die interne Revision, die aufgrund eines Funktionsausgliederungsvertrages von der axis GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchgeführt wird. Die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wurde durch den Abschlussprüfer festgestellt.

### **Neue Tarife**

Aufgrund des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) dürfen seit dem 21. Dezember 2012 keine Versicherungsverträge abgeschlossen werden, bei denen die Beiträge und Leistungen für Frauen und Männer unterschiedlich sind. Deshalb mussten die aktuellen Tarife des

Jahres 2012 für den Neuzugang geschlossen werden. Aufsichtsrat und Vorstand haben sich eingehend mit der Einführung neuer Tarife und den damit verbundenen Kalkulationsansätzen befasst. Deshalb wurden Unisex-Tarife eingeführt, die bei Neuverträgen mit Beginn des Jahres 2013 angewendet werden.

### **Solvabilität**

Aufsichtsrat und Vorstand haben sich regelmäßig über die Solvabilität beraten.

Darüber hinaus wurden die Auswirkungen der Entwicklungen im Hinblick auf künftige aufsichtsrechtliche Änderungen der Solvabilitätsanforderungen („Solvabilität II“) bzgl. einer etwaigen Anwendung auf die Deutsche Steuerberater-Versicherung als Pensionskasse vorsorglich analysiert. Eine erste Auswirkungsstudie wurde zusammen mit einem externen Dienstleister erstellt. Der Aufsichtsrat hat sich intensiv mit den Ergebnissen dieser Studie befasst und sie gemeinsam mit dem Vorstand beraten.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 wurde von BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft. Aufsichtsrat und Vorstand wurden umfassend über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Den schriftlichen Bericht hat der Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.


Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrates über die Prüfung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichtes zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur Kenntnis genommen und erhebt gegen den Erläuterungsbericht keine Einwendungen. Der Verantwortliche Aktuar hat die versicherungsmathematische Bestätigung im Sinne von § 2 der Aktuarverordnung abgegeben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend geprüft und empfiehlt der Vertreterversammlung, den für das Geschäftsjahr 2012 aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht festzustellen und zu genehmigen.

Dem Vorschlag des Vorstandes zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung stimmt der Aufsichtsrat zu und empfiehlt der Vertreterversammlung, die Überschussverwendung entsprechend dem Vorschlag zu beschließen.

Bonn, den 23. April 2013

Für den Aufsichtsrat



Franz Bausch  
Vorsitzender

**8 ORGANE, TREUHÄNDER UND VERANTWORTLICHER AKTUAR**

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts.

**Mitgliedervertreter:**

Klaus Axmann, StB  
Jutta Barth, StB/vBP

Thomas Berg, StB  
Werner Billgow, StB/WP  
Dr. Joachim Dalmer, StB  
Klaus Decker, StB  
Wolfgang Dieterle, StB/vBP  
Hans Fellhauer, StB  
Ernst-Dieter Grafe, StB/vBP  
Manfred Gundermann, StB/vBP  
Michael Hagen, StB  
Malte Kahl, StB  
Jürgen Knatz, StB/WP/RB  
Wolfgang Kreth, StB  
Rolf Kugelstadt, StB/WP/RB

Peter Kuhn, StB  
Rainer Martens, StB  
Hans-Adolf Neu, StB/vBP  
Renate Nopitsch, StB/RB

Edwin Frh. von Podewils, StB/WP/RB  
Ute Sahn, StB  
Matthias Sand, StB  
Dr. Hartmut L. Schwab, StB  
Ulrich Thiemann, StB  
Jakob Trimborn, StB  
Werner Welsch, StB/WP

**Wahlkreis:**

Thüringen  
Niedersachsen  
Brandenburg ab 01.01.2013  
Bremen ab 23.06.2012  
Hamburg bis 06.09.2012  
Mecklenburg-Vorpommern  
Bremen bis 23.06.2012  
Stuttgart  
Nordbaden  
Köln  
Nürnberg ab 23.06.2012  
Sachsen-Anhalt  
Hamburg ab 06.09.2012  
Westfalen-Lippe bis 23.06.2012  
Südbaden ab 23.06.2012  
Hessen  
Westfalen-Lippe ab 23.06.2012  
Rheinland-Pfalz ab 23.06.2012  
Schleswig-Holstein  
Sachsen ab 23.06.2012  
Nürnberg bis 23.06.2012  
Sachsen bis 23.06.2012  
Südbaden bis 23.06.2012  
Berlin  
Brandenburg bis 31.12.2012  
München  
Rheinland-Pfalz bis 23.06.2012  
Düsseldorf  
Saarland

**Aufsichtsrat:**

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen (Vors.) bis 23.06.2012  
Franz Bausch, StB/vBP, Freiburg (stv. Vors. bis 23.06.2012, Vors. ab 23.06.2012)  
Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg (stv. Vors. ab 23.06.2012)  
Jürgen Knatz, StB/WP/RB, Bielefeld ab 23.06.2012

**Vorstand:**

Petra Albrecht, Bonn  
Martin Bollmann, Dipl.-Math., Bonn

**Verantwortlicher Aktuar:**

Martin Bollmann, Dipl.-Math., Bonn

**Treuhänder:**

Hans Theo Laufenberg, Dipl.-Bw., StB, Bornheim  
Stephanie Goßen, StB, Meckenheim (stv.)

## 9 BEIRAT

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts.

### Beiratsmitglieder:

Edgar Wilk, StB/vBP (Vors.)

Dr. Harald Grürmann, StB/vBP (stv. Vors.)

Ernst-Dieter Grafe, StB/vBP

Bernd Janssen, StB

Jürgen Knatz, StB/WP/RB

Rolf Kugelstadt, StB/WP/RB

Reinhard Meier, StB/RA

Hans-Joachim Oettinger, StB/WP

Bodo Schenk, StB

Dr. Hartmut L. Schwab, StB

### Entsendung durch:

Bundessteuerberaterkammer

Bundessteuerberaterkammer

Mitgliedervertretung ab 23.06.2012

Bundessteuerberaterkammer

Mitgliedervertretung bis 23.06.2012

Mitgliedervertretung

Bundessteuerberaterkammer

Deutscher Steuerberaterverband

Bundessteuerberaterkammer

Mitgliedervertretung





## NACHRUF

Am 29. Oktober 2012 verstarb

**ALFRED GRUNER,**

Steuerberater,

im Alter von 98 Jahren.

Herr Gruner war nicht nur Gründungsmitglied unserer Pensionskasse,  
sondern auch Vorstandsmitglied von 1967 bis 1996.

In der Zeit von 1968 bis 1996 übte er das Amt des  
stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes aus.

Seit unserer Gründung war der Verstorbene mit uns verbunden.  
Während seiner aktiven Zeit hat er uns mit Rat und Tat begleitet  
und wesentlich zu unserem Erfolg beigetragen.

Der Verstorbene hat sich der Idee der freiwilligen berufsständischen  
Rentenversicherung mit voller Überzeugung ehrenamtlich zur Verfügung gestellt.

Seine Persönlichkeit und seine Verdienste werden unvergessen bleiben.

## NACHRUF

Am 2. Januar 2013 verstarb

**HANS-WERNER HENRY JAHN,**

Steuerberater,

im Alter von 81 Jahren.

Herr Jahn war seit 1968 Mitglied unserer Pensionskasse und übte das Amt als  
Mitgliedervertreter für den Kammerbereich Hamburg  
von 1968 bis 1972 und von 1976 bis 1980 aus.

Darüber hinaus war Herr Jahn ehrenamtliches Vorstandsmitglied  
von 1980 bis 1996 und wurde im Jahre 1996  
hauptamtliches Vorstandsmitglied bis 2001.

In der Zeit von 1997 bis 2001 übte er das Amt des  
stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes aus.

Der Verstorbene war mit uns von Anfang an sehr verbunden.  
Während seiner aktiven Zeit hat er sich mit unermüdlichem Engagement für unsere  
Belange eingesetzt und erheblich zu dem Erfolg der Pensionskasse beigetragen.

Der Verstorbene hat sich der Idee der freiwilligen berufsständischen  
Rentenversicherung mit voller Überzeugung zur Verfügung gestellt.

Seine Persönlichkeit und seine Verdienste werden unvergessen bleiben.



Deutsche Steuerberater-Versicherung  
Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG

**Postfach 24 69, 53014 Bonn**

**Tel.** 0228/98 21 3-0

**Fax** 0228/98 21 3-11

**E-Mail** [info@ds-versicherung.de](mailto:info@ds-versicherung.de)

**Internet** [www.ds-versicherung.de](http://www.ds-versicherung.de)